

Stadtrat Bern, 5. November 2009, Beat Gubser EDU, www.gubser.info/stadtrat

Traktandum 14

Interpellation Beat Gubser (EDU): "Lex Freidenker" bei BernMobil aufheben

Tabuisierung und Zensur von religiöser Werbung ist falsch

Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort.

Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die Religionsfreiheit ein hohes und schützenswertes Gut ist und, dass die Ausübung von Religion Privatsache ist. Deshalb aber atheistische und theistische Werbung im öffentlichen Raum zu tabuisieren und zu zensurieren ist falsch. Werbung soll anständig sein, sie darf aber durchaus auch zum nachdenken anregen, auch bei religiösen Themen. Das ist bei den zwei verbotenen Beispielen, bei den Freidenkern und bei der Zeitung reformiert, der Fall. Die Zeitung reformiert sieht ihre Werbung im Übrigen nicht als religiös, sondern als Zeitschriftenwerbung.

BernMobil hat ganz klar überreagiert und dass der Gemeinderat nun diese Haltung stützt ist unverständlich. Immerhin versteckt er sich nicht hinter der operativen Freiheit von BernMobil.

Eine Demokratie lebt von der Meinungsvielfalt und der offenen Diskussion. Wenn im nationalen Politzentrum, unterstützt von der politischen Führung, bestimmte Themen willkürlich tabuisiert und zensuriert werden, ist das sehr bedenklich und zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Der Bürger ist nämlich mündig und kann sich durchaus selber ein Urteil bezüglich Werbung und deren Inhalt machen. Er muss nicht von der Politik bevormundet werden.

Die Zeitung reformiert hat vorher bereits jahrelang ähnliche Werbung bei BernMobil geschaltet und es gab bisher nie ein Problem. Die diesjährige Kampagne wurde an den APG-Plakatsäulen und in den Bussen und Bahnen in Thun (STI), Grenchen (BGU), Solothurn (BSU), Biel (VB) und Burgdorf (Busland AG) sowie im Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS) ausgehängt. Und dort gab es auch keine Probleme.

Der Gemeinderat schreibt noch „Es muss tatsächlich vermieden werden, dass ein öffentliches Unternehmen als Plattform religiös motivierter Auseinandersetzungen missbraucht wird.“ Der Gemeinderat will hier ein Problem verhindern, welches es meines Wissens bisher gar noch nie gegeben hat. Wie schon gesagt, eine

Überreaktion. Von einem privaten Unternehmen würde ich so einen Entscheid akzeptieren, da es um Privateigentum geht. Doch der Gemeinderat ist lediglich der treuhänderische Verwalter von BernMobil im Auftrag der Öffentlichkeit. Und wie oben erwähnt, beweisen andere öffentliche Unternehmen, dass religiöse Werbung weiterhin problemlos möglich ist. Der Gemeinderat sollte seine Haltung überdenken, die Meinungsäusserungsfreiheit und die Werbefreiheit höher gewichten, und bei BernMobil intervenieren.

Ich bin nicht zufrieden.

In der Diskussion haben sich die Fraktionen GFL/EVP, SVPplus und FDP für die Aufhebung der Lex Freidenker ausgesprochen.

Die Fraktionen BDP/CVP, glp, SP/JUSO und GB/JA haben sich nicht geäußert.